

Bezugspreis:
Stückpreis 7,50 M., monatl. 2,00 M.,
einjähr. 20 M., voranzahlbar. Einzelne
Nummern 10 Pfennig. Zeitungs-
bezug monatlich 2,00 M., evtl. Zustellungs-
gebühr. Unter Kreuzband für Deutsch-
land u. Österreich-Ungarn 2,75 M.,
für das übrige Ausland 3,75 M., bei
jährlich einmaliger Zustellung 7,50 M.
Vollbestellungen nehmen an Adressat
Holländ. Luxemburg, Schweden
und die Schweiz. Eingetragen in die
Börsen-Zeitung-Vereinsliste.

Telegraphische Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtzeilige normale Anzeigenspaltbreite
kostet 1,20 M. „Kleine Anzeigen“,
das heißt gedruckt 60 Spalten (zwei Spalten
je Zeile) kostet 1,00 M., jedes weitere
Wort 20 Pf. Einzelzeilen und
Schließenanzeigen das erste Wort
40 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf.
Worte über 15 Buchstaben zählen für
zwei Worte. Feuerungs- und
Familien-Anzeigen, politische und
gewerkschaftliche Vereine - Anzeigen
1,20 M. die Zeile. Anzeigen für die
nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
nachmittags im Hauptgeschäft Berlin
E. B. 66, Lindenstraße 3, abgegeben
werden. Gedruckt von 9 Uhr früh bis
8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: E. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 28. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., E. W. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Morosplan, Nr. 11753-54.

Friedensvertrag für Oesterreich am Freitag

St. Germain, 27. Mai. (Meldung des Wiener Telegr.-
Korresp.-Bureaus.) Das heute dem Staatssekretär Dr.
Krenner als Präsidenten der deutsch-österreichischen Fried-
ensdelegation überreichte Schreiben Clemenceaus hat fol-
genden Wortlaut:

Paris, 27. Mai.

Herr Präsident!

Ich beehre mich, Ihnen den Empfang des Schreibens vom
24. Mai zu bestätigen, worin Sie die Eröffnung der Friedens-
verhandlungen mit Oesterreich in möglichst kurzer Frist
verlangten. Der Rat der Hauptmächte der Verbündeten und Affo-
ziierten wünscht Ihnen als Antwort die Mitteilung zur Kenntnis
zu bringen, daß der Entwurf des Friedensvertrages
nächsten Freitag, 30. Mai, mittags, in St. Germain-en-
Laye zur Ueberreichung an die österreichische Delegation fertig-
gestellt sein wird. Jedoch werden die folgenden Fragen einer spä-
teren Prüfung vorbehalten bleiben müssen:

- 1. Die Stärke der militärischen Kräfte, die in Zu-
kunft in Oesterreich zu unterhalten sein werden.
2. Die Frage der Schadengutmachung und der Schul-
den.

Diese zwei Fragen haben einen besonderen Charakter infolge
des Zerfalls des österreichischen Reiches in mehrere
Teile. Dieser Zerfall macht die Prüfung dieser Fragen unter dem
Gesichtspunkte ihrer Rückwirkung auf die Interessen und die Hal-
tung dieser verschiedenen Teile notwendig.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner be-
sonderen Hochachtung!

Clemenceau.

Der Viererrat und die Rechte der
Minderheiten.

Versailles, 27. Mai. „Intransigent“ meldet, daß der
Viererrat einen neuen Vertrag betreffend die Rechte
der Minderheiten und namentlich der Juden in den
durch den Krieg entstandenen neuen Staaten, namentlich in
Polen, der Tschecho-Slowakei, Südslawien und
dem beträchtlich vergrößerten Rumänien vorbereitet hat,
der rein menschliche Ziele verfolgt.

Die Anerkennung Koltshaks.

Eine neue Diktatur?

Basel, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Wie die französische Regierungspresse frohlockend mitteilt, ist
der Viererrat bereit, den Admiral Koltshak im Prin-
zip anzuerkennen. Es tritt immer deutlicher zutage, daß
die Entente in ihm einen ausgezeichneten Helfershelfer für die
Verwirklichung ihrer imperialistischen Ziele in
Rußland gefunden zu haben glaubt. Auch Japan, das
anfangs zögerte, setzt sich jetzt für Koltshak ein. Nur Wilson
scheint noch zu zögern. Um die imperialistischen Ziele zu ver-
schleiern, sucht man sie mit der demokratisch klingenden,
an Koltshak gerichteten Forderung nach beschleunigter Einberu-
fung einer Konstituante zu bemänteln. Daß Koltshak
weiß, was die Entente von ihm will, geht aus seinen Äuße-
rungen entlassener Korrespondenten gegenüber hervor, denen er
sagte, es käme ihm weniger auf die Einnahme Peters-
burgs oder Moskaus, als auf die Vernichtung des
bolschewistischen Regimes an. Auch die Sozial-
revolutionäre, deren er eine große Zahl verbotten sich,
sprechen ihm jedes Verständnis für demokratische Forderungen
ab.

Englische Arbeiterforderungen.

Trohung mit Generalstreik.

Bern, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Wie „Humanität“ berichtet, ist der englische Arbeits-
minister in Paris eingetroffen, um Lloyd George die
neuen, unter Androhung des Generalstreiks gestellten
Forderungen der Berg-, Eisenbahn- und Transportarbeiter zu
unterbreiten. Die drei Verbände verlangen u. a. Abschaffung
der Dienstpflicht, Aufhebung der Blockade gegen
Deutschland, Zurückziehung der Truppen aus Ruß-
land und Freilassung aller wegen Dienstpflichtverwei-
gerung Festgenommenen.

Prüfung des Friedensvertrages.

Französischer Kammerbeschluß.

Paris, 28. Mai. (Savas.) Die Kammer nahm durch Hand-
aufheben einen Vorschlag an, der die Ernennung einer Kom-
mission von 60 Mitgliedern vorsieht, die damit beauftragt sind,
den Gesetzentwurf für die Ratifizierung des Friedensver-
trages einer Prüfung zu unterziehen.

Die Helfer des Oberleutnants Vogel.

Vogel im Haag?

Zu der Flucht des im Liebknecht-Luxemburg-Prozess ver-
urteilten Oberleutnants Vogel macht die „Freiheit“ auf-
sehenerregende Mitteilungen, deren wesentlicher Inhalt fol-
gender ist:

Vogel befindet sich bei der deutschen Gesandt-
schaft im Haag und wartet dort auf den Abgang des
nächsten Dampfers nach Argentinien. Zu der gelungenen Flucht
hat er sich eines Passes auf den Namen Kurt Welsen
bedient, der ihm aber nicht von der Poststelle des Berliner
Polizeipräsidiums, sondern von der Poststelle des Kriegs-
ministeriums besorgt worden ist. Als Mißschuldige an
der Ausstellung des Passes bezeichnet die „Freiheit“ an-
deutungsweise den Hauptmann Pabst, Dr. Grabowski
und Baron Schenk.

Diese Herren haben — immer nach der Darstellung der
„Freiheit“ — auch das bei der Flucht gebrauchte Auto be-
sorgt. Dieses Auto gehört demselben Herrn Junschlow,
mit dessen Auto auch seinerzeit die Leiche Rosa Luxemburgs
beiseite geschafft wurde. Das Auto ist ihm zur Belohnung
von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division abgekauft und da-
für ein Betrag aus dem Konto der Frau Maria Junschlow bei
einer Depostenfasse am Kurfürstendamme eingezahlt worden.

Weiter behauptet die „Freiheit“, daß es der Hauptmann
Janßen von der Abteilung VIII der Garde-Kavallerie-
Schützen-Division gewesen ist, der den Stempel der Divi-
sion unter den gefälschten Ausweis gedrückt hat, der zur Be-
freiung Vogels aus dem Hellengefängnis in Moabit diente.
Schließlich soll der große Unbekannte, der bei der Ermordung
Rosa Luxemburgs neben Vogel auf dem Auto gestanden hat
und den Vogel nicht nennen wollte, der Leutnant Suchong
gewesen sein.

Wenn diese Mitteilungen richtig sind, so liegt hier allerdings
ein Skandal sondergleichen vor. Eine Regierung, die sich
von einer zuchtlosen Handvoll Offiziere eine derartige Verhö-
hung der Rechtspflege gefallen ließe, müßte jede Autorität
im Lande einbüßen. Wir erwarten allerdings, daß hier nunmehr
mit fester Hand zugegriffen und den Versuchen einiger Leute, sich
über Recht und Gesetz hinwegzusetzen, ein Ende bereitet wird. Im
Gegensatz zur „Freiheit“ sind wir überzeugt, daß sich die Vorgänge
um Vogels Flucht ohne Wissen der Regierung durch das Komplott
einer kleinen Clique abgespielt haben. Aber die Regierung wird
die Welt hieron nur überzeugen, wenn sie nunmehr mit eisernem
Griff dieser Clique den Hals umdreht.

Die Vorgänge sind im übrigen auch für die Beurteilung
früherer Ereignisse so gravierend, daß sie allein es notwendig
machen, dem vorausgegangenen Urteil im Liebknecht-Luxemburg-
Prozess die Bestätigung zu versagen.

In den Mitteilungen der „Freiheit“ (siehe eine hiesige Lokal-
korrespondenz, daß die von der „Freiheit“ wiedergegebenen
Tatsachen noch nicht als feststehend anzusehen sind. Wichtig
ist, — laut die Korrespondenz, — daß Vogel die holländische
Grenze erreicht hat und sich dort, wenn auch kaum unter dem Namen
Welsen, aufhält. Da zwischen Holland und Deutschland Aus-
lieferungszustände für Personen bestehen, die eines
Mordes beschuldigt sind, so lief er händig Gefahr von den hollän-
dischen Behörden erariffen und an Deutschland ausge-
liefert zu werden. (Nicht wenn er, wie die „Freiheit“ behauptet,
sich in der deutschen Gesandtschaft aufhält. Red. d. „V.“) Nach
unseren Informationen sind die von der „Freiheit“ wiedergegebenen
Behauptungen zum Teil richtig. Die Garde-Kavallerie-Schützen-
Division hat bereits sehr erhebliche Untersuchungen angestellt, ohne
daß man freilich bisher zu Verhaftungen ge-
schritten wäre. Da das Verfahren jedoch geheim geführt wird,
war es nicht möglich, eine detaillierte Bestätigung der oben er-
wähnten Einzelheiten zu erhalten.

Diese Ausführungen klingen im wesentlichen wie eine Be-
stätigung der Angaben der „Freiheit“. Bei der ganzen
Sachlage erscheint es als dringendste Forderung, daß alle Mit-
schuldigen an der Flucht Vogels sofort in Haft genom-
men werden.

Wie wir hören, wird die Reichsregierung heute noch
eine formulierte Erklärung des Inhalts erlassen, daß gegen alle
Personen, die der Veranlassung an der Flucht Vogels irgendwie
verdächtig erscheinen, rücksichtslos vorgegangen wer-
den soll. Esehen all, die auch nur das geringste Maß von
Schuld trifft, soll mit der vollen Strenge des Ge-
setzes eingeschritten werden.

Aufmarsch der Belgier.

Namen, 27. Mai. (Savas.) Die belgischen Truppen haben
am Montag Eupen, Marscheid, Gerbichsel und Maerzu besetzt.

Die richtige Diagnose?

Für die erfolgreiche Tätigkeit des Arztes ist es wichtig,
daß er die richtige Diagnose trifft. Er muß aus allen
Wahrnehmungen und besonderen Verhältnissen an dem
kranken Körper das richtige Gesamtbild zu gewinnen ver-
stehen, um dann seine ärztliche Kunst unter einem Minimum
von Schwankungen wirken lassen zu können. Je schneller
und fehlerfreier und umfassender die Diagnose festgestellt
wird, desto sicherer ist der Erfolg der ärztlichen Kunst.

Was hier über die medizinische Diagnose gesagt ist, gilt
auch für die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge
im Leben der Völker. Der Politiker, der im Inland
und im Ausland wirken will, muß sich klar machen, daß der
Erfolg seiner Tätigkeit davon abhängt, alle Stimmungen,
Geistesbewegungen, politischen Strömungen und engeren
Zusammenhänge, die für die Gestaltung des politischen Ge-
samtbildes maßgebend sind, richtig einzuschätzen.

Wir haben bisher die Empfindung gehabt, daß die Hal-
tung der deutschen Friedensdelegation in Paris durchaus
richtig gewesen ist. Und die richtige Diagnose, die scheinbar
bisher von unseren Vertretern in Versailles stets getroffen
wurde — natürlich immer gesehen von den politischen
und wirtschaftlichen Lebensbedürfnissen des deutschen Volkes
aus — gibt uns den Mut zu glauben, daß die Sache Deutsch-
lands in recht glückliche Hände gelegt worden ist.

Nun sind die deutschen Gegenorschläge her-
aus. Wenn man das sich vor Augen hält, was darin Deutsch-
land gegenüber den Friedensbedingungen der Entente als
erfüllbare Bedingungen von Deutschland präsentiert, so wird
man sagen müssen, daß wir unter Einschätzung der gegen-
wärtigen und voraussichtlich künftigen Kräfte des deutschen
Volkes alles angeboten haben, was überhaupt möglich und
leistbar ist. Wir haben in unserer heutigen Morgenausgabe
diese Auffassung bereits in folgenden Sätzen festgelegt: „Da
muß denn gleich gesagt werden, daß die deutsche Regierung
mit ihren Vorschlägen — sicher nach der einmütigen Ueber-
zeugung des ganzen deutschen Volkes — bis hart an die
Grenzen des überhaupt Möglichen und Erfül-
baren gegangen ist. Wollte man den Versuch machen,
über diese hinaus zu drängen, so würde eine gleich hoff-
nungslose Situation geschaffen werden wie in dem Falle,
daß uns die Entente durch Drohungsdruck zur Unterzeich-
nung ihres unmöglichen Diktatfriedens zu zwingen versucht.“

Weil diese Auffassung der Aussich ganz widererter
Ermüdungen ist, und weil es wichtig ist, die Schwere der
Situation mit dem Höchstmäß wirtschaftlicher und politischer
Verantwortung und frei von allen Illusionen zu erfassen,
haben wir diese Auslassung wiederholt.

Uns scheint, daß die Reichsregierung in der Ab-
fassung der Gegenorschläge nicht von der richtigen Diagnose
geleitet gewesen ist. Die deutschen Gegenorschläge werden
bei unseren Gegnern nicht als das äußerste Zugeständnis
Deutschlands aufgefaßt werden; günstigstenfalls als eine Ver-
handlungsbasis. Wenn die Gegner klug sind, geben sie sofort
darauf ein und versuchen nun eine diagonale zwischen
ihren Bedingungen und den deutschen Gegenorschlägen zu
ziehen. Damit würde Deutschland zu Leistungen verpflichtet
werden, die ganz entschieden über das Maß des Erfüllbaren
hinausgehen.

Wir würden uns nicht wundern, wenn nach der Publi-
kation der deutschen Gegenorschläge im feindlichen Ausland
ein Triumphgeheul ausbricht, in dem zum Ausdruck
kommt, daß man sich in der Einschätzung der deutschen Volk-
kraft bei der Abfassung des Friedensvertrages doch nicht ge-
täuscht hat. Denn es ist ganz selbstverständlich, daß man in
Versailles die Dinge so betrachtet, daß Deutschland von diesen
Bedingungen ausgehend ein Arrangement zwischen den
beiderseitigen Bedingungen zu erreichen versucht. Dieses
Arrangement würde Deutschland nicht befriedigen können,
und die Entente würde eines Tages sehen müssen, daß
Deutschland Bedingungen unterschrieben hat, die es nicht er-
füllen kann. Brodbeck-Rangau hat in einem Interview mit
unserem Vertreter in Versailles geäußert, daß ein Friedens-
vertrag, von dem er von vornherein erkennen muß, daß er
nicht erfüllbar ist, keine Unterschrift nicht tragen werde. Nach
dieser ehrenhaften Proklamation erscheint es uns zweifel-
haft, daß er einen Vertrag unterschreiben wird, dessen Be-
dingungen die Mitte zwischen den Forderungen der Entente
und dem nunmehrigen Gegenangebot der deutschen Regierung
halten wird.

Das Gefühl für rücksichtslose Gerechtigkeit, das häufig
mit uns Deutschen durchdringt, und uns nötigt, auch in solchen
Fällen, wo auf der Gegenseite gleiche Gefühle nicht lebendig

find, alle unsere Karten offen auf den Tisch zu legen, scheint hier als innere Triebkraft den Ausschlag gegeben zu haben. Das ist gewiß sehr ehrenhaft für die deutsche Regierung, aber in der besondern Situation, in der wir stehen, und im Angesicht eines Gegners, der uns nicht mit der Besinnung der Gerechtigkeit gegenübersteht, ist es falsch und politisch gefährlich.

Man darf der Regierung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie die diplomatischen, hinterhältigen und auf die Zerrümmung Deutschlands gerichteten Strömungen im Lager der Entente nicht voll eingeschätzt, kurz: daß sie die richtige Diagnose nicht getroffen hat. Nur unter einer Voraussetzung sind die deutschen Gegenentwürfe möglich und haltbar. Nämlich: daß unsere Delegation in Versailles für die angeführten Verhandlungen die bestimmte Weisung erhalten hat, die deutschen Gegenentwürfe als das im allgemeinen äußerste Entgegenkommen Deutschlands zu betrachten und sich im keinen Fall auf eine Regelung einzulassen, die einen Scharfschnitt zwischen den beiderseitigen Bedingungen und Angeboten darstellt.

Der deutsche Friedensvorschlag.

(Schluß)

3. Völkerverbündnisgeist.

In einem solchen Frieden wäre die Solidarität der menschlichen Interessen bekräftigt worden, die in einem Völkerverbündnis ihren Ausdruck finden sollte. Wie oft ist das Deutschland versprochen worden, daß dieser Völkerverbund die Kriegführenden, also Sieger und Besiegte, in einer dauernden Rechtsgemeinschaft einigen würde! Hierfür zitiert die deutsche Note Aussprüche von Asquith, Lloyd George, Clemenceau, Ribot und Wilson, um fortzuführen:

Diesen Forderungen entsprach die Erwartung des deutschen Volkes, von Anfang an bei der Errichtung des Völkerverbündnisses teilhaftig zu werden. Aber im Widerspruch mit ihnen ist das Völkerverbündnis ohne Deutschlands Mitwirkung festgesetzt worden, ja Deutschland befindet sich nicht einmal auf der Liste der Staaten, die zum Eintritt in den Völkerverbund eingeladen sind. Zwar kann sich Deutschland um die Zulassung bewerben, aber sie ist abhängig gemacht von „effektiven Garantien“, deren Umfang und Inhalt es nicht einmal kennt. Deutschlands Bedeutung ist unabhängig von seiner jeweiligen militärischen oder politischen Macht; daher kann von einem wahren Völkerverbund ohne seine Zulassung überhaupt nicht gesprochen werden. Vielmehr ist, was der Friedensvertrag schaffen will,

nur eine Fortdauer der gegenwärtigen Koalition, die den Namen „Völkerverbund“ nicht verdient. Auch die innere Struktur vertritt nicht den wahren Völkerverbund. Statt der erdumspannenden Allianz der Völker steht darin die unsichere Idee der heiligen Allianz von 1815 wieder, der Glaube, von oben herab auf dem Wege diplomatischer Konferenzen mit diplomatischen Organen der Welt den Frieden sichern zu können!

4. Wird Deutschlands Stellung vernichtet?

Immer wieder haben Deutschlands Feinde vor aller Welt zugehört, daß sie nicht auf eine Vernichtung Deutschlands hinauswollen. Hierfür zitiert die deutsche Note Aussprüche von Lloyd George, Lord Milner, Bichon und Wilson.

In Widerspruch dazu steht das Friedensdokument, daß Deutschland als Weltmacht schlechterdings vernichtet werden soll. Den Auslanddeutschen wird die Möglichkeit genommen, die alten Verbindungen im Ausland fortzusetzen und Deutschland seinen Anteil an der Weltwirtschaft wieder zu erwerben, indem ihr bisher eingegrenzter Besitz veräußert wird für die Wiedergutmachung, fast ihm ersetzt zu werden.

Ebenso wird es jedem Deutschen unmöglich gemacht, seinem Vaterland einen Anteil am Weltverkehr zu erwerben, indem auch nach Unterzeichnung des Friedensvertrages aller Verkehr von Deutschen im Ausland auf unbestimmte Zeit Kriegsmaßregeln unterworfen bleiben und damit zur Eingliederung gelangen kann. Dazu kommt noch, daß auch sonst der Deutsche in den Ländern der Gegner nicht die persönliche Rechtmäßigkeit genießen wird, die ihnen bei uns zufließen soll. Der Wille, Deutschland aus dem Weltverkehr auszuschalten, zeigt sich in der Entziehung des Eigentums an seinen Kabeln. Dazu kommt die Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens im Innern, die an anderer Stelle dargelegt wird. Deutsche Bestimmungen bedeuten eine vollständige Verleugnung jener Idee des Völkerverbündnisses, nach der jedes Volk einen Anspruch auf das Leben hat. Dieses höchste Gut darf ihm um der wirtschaftlichen Interessen anderer Völker willen nicht genommen werden.

5. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Zu solchen Grundrechten ist in diesem Kriege ein neues getreten, das die Staatsmänner aller kriegführenden Völker immer wieder als Ziel anerkannt haben: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Die Ausübung dieses Rechts offen Völkern zu ermöglichen, sollte gerade ein Gewinn des Krieges sein. Hierfür zitiert die Note Aussprüche von Asquith, Churchill, Grey, Lloyd George, Orlando, Bichon und Wilson.

Weder die schon geschiedene Behandlung der Bewohner des Saargebietes als Zwische der Verwertung, noch die öffentliche Norm der Verlegung in den Westfalen, Polen, Kalmuckien und Grenzgebieten, die aber erst nach ihrer Unterstellung unter belgischer Souveränität erfolgen soll, entsprechen den Grundätzen des Selbstbestimmungsrechts.

Das gilt auch für Elia-Verträge. Wenn Deutschland sich verpflichtet hat, das Recht von 1871 wieder gutzumachen, so bedeutet das keinen Verzicht auf das Selbstbestimmungsrecht der Elia-Verträge. Die Abtretung des Landes ohne Verlegung der Bevölkerung wäre ein neues Unrecht, schon weil sie im Widerspruch zu einer anerkannten Grundlage des Friedens wäre.

Andererseits ist es mit der Idee der nationalen Selbstbestimmung unvereinbar, wenn

2 1/2 Millionen Deutsche gegen ihren Willen von ihren Heimatstaaten losgerissen

werden. Durch die heuchlerische Grenzführung wird über rein deutsche Territorien zugunsten der polnischen Nachbarn verfügt. So sollen von den mittelschleischen Kreisen Subria und Mittelländische abgetrennt werden, in denen neben etwa 44.000 Deutschen höchstens 3700 Polen wohnen. Es folgen weitere Beispiele, es wird u. a. darauf hingewiesen, daß Wilson den Redefreistil als „deutsches Gebiet“ bezeichnet hat. Am trübseligsten zeigt sich diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes darin, daß Danzig vom Deutschen Reich getrennt und zum Freistaat gemacht werden soll. Weder geschichtliche Rechte noch der heutige ethnographische Befund des polnischen Volkes können gegenüber der deutschen Bevölkerung und dem deutschen Charakter dieser Stadt in Frage kommen. Ein freier Zugang zum Meer, der die wirtschaftlichen Bedürfnisse Polens befriedigt, kann durch völkerverrechtete Erbitten durch Schaffung eines Freihafens gesichert werden. Auch die Deutschen zugewandene Abtretung der Handelsstadt Memel steht in keinerlei Zusammenhang mehr mit einem solchen Selbstbestimmungsrecht der Völker. Dasselbe gilt von der Forderung, daß Millionen von Deutschen in Deutschland der von ihnen erstrebte Anschluß an Deutschland verweigert wird und weitere Millionen an neuen Grenzen wohnen der Deutsche gezwungen werden sollen, beim neuen gebildeten „Gesamtslawischen Staat“ zu bleiben.

Sogar dem Staatsgebiet gegenüber, das Deutschland verbleiben soll, werden die Verletzungen vom Selbstbestimmungsrecht nicht eingehalten. Eine Kommission zur Durchführung der Entschädigung soll ausschließlich für das ganze Staatswesen werden. Dem vorkonventionären Deutschland hätten von seinen Organen so ohne alle konstitutionelle Mitwirkung Gesetze unregelmäßig werden können, wie er eines jetzt von seinen internationalen Behörden für das deutsche Volk auf wirtschaftlichem und finanziellen Gebiete beherrschen soll. Unsere Gegner wollen für das große Ziel der Demokratisierung Deutschlands gekämpft haben. Zwar sind wir durch den Ausgang des Krieges befreit von den früheren Gewalten; aber einzuweichen sollen wir eine ausländische Gewalt, deren Ziel nur sein kann und sein muß, die Arbeitskraft des deutschen Volkes für die Völkerverbündnisse auszunutzen. Eine solche

Freigabe seiner Unabhängigkeit

kann keinem Staate zugemutet werden. Das Selbstbestimmungsrecht eines Staates bedeutet vor allem die freie Verfügung über die innere Ordnung seines Lebens; eine Verletzung dieser Freiheit Deutschlands ist eine Verletzung der Grundrechte der Völker.

III. Folgen und Ausblick.

III das zeigt, daß dieser der deutschen Regierung unterbreitete Entwurf eines Friedensvertrages

im schroffen Widerspruch mit der vereinbarten Rechtsgrundlage für einen dauernden Friedens

steht. Nahezu keine einzige Bestimmung des Vertragstextes entspricht den vereinbarten Bedingungen. Der Entwurf fordert in territorialer Hinsicht die Annexion rein deutschen Gebietes und die Unterdrückung des deutschen Volkstums. Er bringt die völlige Vernichtung des deutschen Wirtschaftslebens. Er führt das deutsche Volk in eine in der Weltgeschichte bisher nicht gekannte finanzielle Sklaverei. Daher wurde er in der Sitzung der Nationalversammlung am 12. Mai von der Regierung wie von allen Parteien als unannehmbar bezeichnet.

Das Zeitalter der Weltwirtschaft erfordert die politische Organisation der Kulturwelt. Die deutsche Regierung stimmt mit den Regierungen der alliierten und assoziierten Mächte darin überein, daß die grauenvollen Verwüstungen, die dieser Krieg gebracht hat, die Aufrichtung einer Neuordnung der Welt verlangen, einer Ordnung „effektiver Geltung der Grundzüge des Völkerverbündnisses“ und ehrenhafter Beziehungen zwischen den Völkern. Die Wiederherstellung und der Ausbau der zwischenstaatlichen Ordnung in der Welt ist nur gesichert, wenn es den bestehenden Gewalten gelingt, aus einem neuen Geiste heraus die große Idee der Demokratie zu verwirklichen, wenn, wie es Präsident Wilson am 4. August 1918 ausgesprochen hat, die Regelung aller Fragen „auf der Grundlage der freien Annahme dieser Regelung seitens des dadurch betroffenen Volkes“ erfolgt. Nur die Völker, die in freier Selbstverantwortung nach dem Rechte leben, können einander die Gewähr gerechter und ehrenhafter Beziehungen geben. Ihre Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit verlangt aber auch, daß sie sich gegenseitig Freiheit und Leben als die heiligsten und unüberäußerlichen Grundrechte gewährleisten.

Diese Erkenntnis spricht nicht aus dem Friedensdokument, das uns vorgelegt wurde. Eine herrschende Weltanschauung imperialistischer und kapitalistischer Tendenzen sieht darin ihren letzten entgeglichen Triumph. Gegenüber diesen Anschauungen, die einseitiges Unglück über die Welt gebracht haben, berufen wir uns auf das „angeborene Recht“ der Menschen und Völker, unter besten Feinden der englische Staat sich entwickelt, das niederländische Volk sich befreit, die nordamerikanische Nation ihre Unabhängigkeit erlangt, Frankreich den Absolutismus abgeschüttelt hat. Es kann von den Trägern seiner gerechtfertigten Erbitten dem deutschen Volk nicht geweigert werden, daß jetzt erst im Innern sich die Fähigkeit erheben hat, seinen freien Willen zum Recht gemäß zu leben. Mit der Achtung vor diesem angeborenen Recht erhebt ein Vertrag, wie er Deutschland vorgelegt ist, nicht vereinbar. Aber in demselben Entschluß, seine vertragmäßigen Verbindlichkeiten zu erfüllen, macht Deutschland folgende Gegenentwürfe.

(Es folgt nunmehr der Teil, der die positiven Vorschläge der deutschen Regierung enthält.)

Die deutsche Antwort noch nicht überreicht!

Technische Schwierigkeiten die Ursache.

Nach einer Vereinbarung zwischen der Reichsregierung in Berlin und der Delegation in Versailles sollte die deutsche Antwort auf die feindlichen Bedingungen heute vormittag den Entente-Regierungen überreicht werden. In dieser Voraussetzung sind in den heutigen Morgenblättern die Veröffentlichungen erfolgt. Tatsächlich aber ist es technisch gänzlich unmöglich gewesen, die Denkschrift zu der vereinbarten Stunde fertig zu haben. Nur die Ausarbeitung in deutscher Sprache hätte übergeben werden können. Um aber Uebersetzungsirrtümern von vornherein vorzubeugen, soll die deutsche Denkschrift nur zugleich mit der französischen und englischen Uebersetzung überreicht werden. Diese Uebersetzungen konnten aber wegen der gebotenen peinlichen Genauigkeit noch nicht fertiggestellt werden. Dazu kommt, daß zur Fertigstellung nur der mit technisch unzulänglichen Hilfsmitteln ausgestattete Druckerzeug zur Verfügung steht. Zur Fertigstellung muß noch die ganze kommende Nacht zu Hilfe genommen werden, um die Uebersetzung rechtzeitig bis Donnerstag nachmittag 3 Uhr, dem Schlußtermin, vollziehen zu können.

Die Arbeiten der deutschen Delegation.

Versailles, 28. Mai. Graf Brockdorff-Ronnow empfing die Präsidenten der Finanzkommission, der Kommission für die Rohstoffe und der Kommission für die Frage der Verantwortlichkeit. Er ließ sich die Beschlüsse dieser Kommissionen überreichen. Im Laufe des gestrigen Morgens kamen verschiedene Kuriers sowie der Koffer des Grafen Brockdorff. Die deutsche Druckerlei war die ganze Nacht beschäftigt. Die Arbeit stellt eine Prosa von 120 Seiten dar.

Cord Cecil über Aufhebung der Blockade.

Derartige Verträge werden später doch abgeändert.

Rotterdam, 27. Mai. „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet aus London: Ueber 300 Mitglieder der Society of Friends sind heute nachmittag ins Unterhaus gezogen, um mit den Abgeordneten über die Aufhebung der Blockade zu unterhandeln. Der Vorsitzende der Society of Friends hatte eine Unterredung mit Lord Robert Cecil, worin dieser erklärte, er würde Deutschland empfehlen, den Friedensvertrag zu unterzeichnen, ebenso wie er auch Rußland geraten haben würde, den Vertrag von Brest-Litowsk zu unterzeichnen. Derartige Verträge würden später doch abgeändert. Lord Robert Cecil verurteilte besonders die drückenden wirtschaftlichen Bestimmungen des Vertrages, wie z. B. die, daß Deutschland 140.000 Milchkuhe an die Alliierten ausliefern muß. Er glaube, daß diese Bestimmungen niemals durchgeführt werden wird. An den territorialen Fragen scheint Cecil kein Interesse zu haben.

Vollversammlung der A- und S.-Räte.

Die Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte und Gemeinde-Beiräte legten heute ihre am 21. Mai vertagte Vollversammlung fort.

Eingetragen war ein Schreiben des Reichsanwalts Dr. Kurt Rosenfeld, des Vorsitzenden von Ledebour. In der Gerichtsverhandlung vom 23. Mai habe der Staatsanwalt im Gegensatz zu dem Standpunkt der Verteidigung erklärt, Ledebours Haftentlassung wüßte doch nur ein kleiner Teil der Arbeiterschaft, die Mehrheit sei dagegen. Erwünscht sei nun, schreibt Rosenfeld, die autoritative Befundung der Stellung der Arbeiterschaft zur Frage der Haftentlassung Ledebours. Da eine direkte Befragung ausgeschlossen sei, schone Befragung der künftigen Vertreter der Arbeiterschaft geboten, nämlich der Arbeiterräte. Der Vorsitzende Rich. Müller wies darauf hin, daß die Vollversammlung schon einmal sich durch nahezu einstimmigen Beschluß für Ledebours Haftentlassung ausgesprochen hat. Bei der in dem Schreiben beantragten Abstimmung erklärte sich die Vollversammlung aufs neue fast einstimmig für die Haftentlassung. Die Gegenprobe ergab nur drei Stimmen dagegen. (Stürmische Applaus.)

Ueber die Finanzierung der Arbeiterräte sowie des Volksrates und über die Vorbereitung zur Neuwahl der Arbeiterräte und Einberufung des Rätelongresses wurde zusammen verhandelt. In dem Bezirk des Volksrates überlebte Edert die Schwierigkeiten, die für die Arbeiterräte schon nach dem ersten Rätelongress eintraten. Verschiedene Gemeinden weigerten sich, an der Kostendeckung für die Arbeiterräte teilzunehmen. Infolge der Kostenhaltung der Regierung stellen auch einzelne Unternehmer die Kostenzahlung ein. Angekündigt ist es nach den Verhandlungen an der rechtlichen Grundlage zu einem Abkommen. Wir haben, erklärte der Redner, genau dieselben Rechte wie die Regierung, die auch nur durch die Revolution eingeseht und dann erst durch die Nationalversammlung bestätigt worden ist. Heute müssen wir Stellung dazu nehmen, ob wir uns die Erzeugungskosten der Revolution aus den Händen nehmen lassen wollen.

Die Diskussion brachte ein Zusammenstoß der Unabhängigen mit den Kommunisten. Der Redner der Unabhängigen, Rich. Müller, griff zunächst die Regierung scharf an. Sie haben Verordnungen erlassen, die sie auslegen konnte. Sie wolle die Arbeiterräte abrühen, indem sie ihnen die Mittel verweigert. Hand in Hand damit gehe die Verleumdung der Arbeiterräte und des Volksrates. Im Hauptausgang der Preußerversammlung hat man alle alten Wägen wieder ausgegeben. Alle bürgerlichen Parteien einschließlich Demokraten beteiligen sich daran. Auch die Rechtssozialisten hätten die kommunalen Arbeiterräte für überflüssig erklärt. Daß die Regierung nicht daran denkt, die Arbeiterräte beizubehalten, zeige ihr Gesandtenbericht über die Arbeiterräte. Von demselben Geist sei ihr Gesandtenbericht über die Wirtschaftskrisis getragen. Die Regierung schont sich bald nach links und bald nach rechts, je nach dem. Das gelte für die innere und für die äußere Politik und erklärt sich aus ihrer Zusammensetzung. Die Haltung der Regierung gegenüber den Arbeiterräten bedeutet eine Kampfanzeige. Die Arbeiterschaft werde zum Kampf gezwungen, die Störung der Produktion werde dann nicht aufhören, aber Deutschland werde dadurch immer tiefer in den Sumpf kommen. Die Regierung solle nur nicht glauben, etwas durch Ausnahmegeetze zu erreichen, durch Aufhebung des Streikrechts und durch Zwang zur Arbeit. Dann werde man erst recht nicht wieder zur Aufnahme der Produktion kommen. Die Arbeiterschaft müsse dafür sorgen, daß die Mäler beibehalten werden. Deren Mängel zu beseitigen, wäre Aufgabe der Regierung. (Heiterkeit.) Allerdings könne man soviel politischen Weltblick von ihr nicht verlangen. Nötigenfalls werde die Arbeiterschaft die Neuwahl der Arbeiterräte auch ohne die Regierung vornehmen. Die Regierung dürfe sich dann nicht wundern, wenn die Arbeiterräte anders aussehn, als sie es wünscht. Müller wandte sich dann gegen die Kommunisten. Er behauptete das von ihnen sehr eifrig aufgestellte Reglement für die Wahlen zum Rätelongress. Ich freue mich, spottete er, daß hier die Kommunisten einmal zeigen, können, was sie leisten. Große Erwartungen habe ich allerdings an ihre Tätigkeit auf diesem Gebiete von vornherein nicht geknüpft. (Heiterkeit.) Die Kommunisten haben bisher immer nur mit Phrasen und Redensarten operiert. (Beifall bei den Mehrheitssozialisten.) Die Kommunisten haben noch keinen einzigen geistigen Vorschlag zur Verwirklichung der Ziele der Revolution gemacht. Ihr Streben nur immer in die Welt hinaus: Alle Macht den Arbeitern und Soldatenräten! Euer ganzes Verhalten ist nur geleitet von parteipolitischen Gesichtspunkten. (Lärm.) Es kommt euch nicht auf positive Arbeit an, sondern ihr wollt einen Keil in das revolutionäre Proletariat treiben. Euer Kampf richtet sich nicht gegen die Regierung, sondern gegen die Unabhängigen. (Großer Lärm.) Aber wir lassen uns dadurch nicht beeinträchtigen, wir gehen unseren Weg unbekümmert um links und rechts. (Zuruf: Halblinks, halb rechts!) Nicht durch Drohungen von rechts und nicht durch Phrasen von links lassen wir uns beeinflussen. (Beifall.) Unter keinen Umständen lassen wir uns ein durch die Revolution gegebenes Recht nehmen. Will die Regierung den Kampf, so soll sie ihn haben. (Beifall.)

Die Debatte dauert fort.

Neubildung des bayerischen Kabinetts.

Der bayerische Ministerpräsident Hoffmann ist zurzeit in Berlin. Nach seiner Rückkunft wird wohl die Ministerliste des neugebildeten Kabinetts endgültig bekanntgegeben werden. Zwei Ministerposten werden von Demokraten, zwei von der Bayerischen Volkspartei (Zentrum) besetzt werden. Namentliche Vorschläge sind noch nicht bekannt geworden.

Das Recht der Frau und der Friedensvertrag.

Aus Anwaltskreisen schreibt man uns:

Auch das Selbstbestimmungsrecht der Frau wird durch den Friedensvertragsentwurf der Entente schwer verletzt. Im dritten Teil der Forderungen, der die politischen Grenzen des Reichs bestimmt, ist das Optionsrecht gegeben, d. h. das Recht der Wahl der Staatszugehörigkeit nach Vertragsabschluss für die Einwohner der Gebiete, die vom Reich abgetrennt und zu Polen, Frankreich und Belgien geschlagen werden. Als Grundgesetz ist hierbei überall aufgestellt, daß alle über 18 Jahre alten Reichsbürger inmierhalb zwei Jahren nach Vertragsabschluss für Deutschland optieren und ihre Reichsbürgerrechte behalten können. Nur der Ehefrau ist dieses Recht der selbständigen Option aberkannt. Die Option des Ehemannes hat die der Frau zur Folge, wie die Option der Eltern die der Kinder unter 18 Jahren. Die Ehefrauen sind, im Verhältnis zum Mann den Kindern unter 18 Jahren gleichgestellt. Hiergegen muß aus Gründen der Gleichberechtigung von Mann und Frau Einspruch erhoben und Abänderung verlangt werden.

In einer Reihe von Fällen, in denen Meinungsverschiedenheiten zwischen den Ehegatten bestehen, wird der auf die Frau ausgeübte Gewissenszwang die Ursache zahlreicher Konflikte werden. Verschiedenheiten der Uebersetzung können niemals durch Nachsicht beseitigt werden, auch nicht unter Ehegatten.

Prozess Ledebour.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung wurde Bruno Kollentz als Zeuge vernommen über die Vorgänge am 5. Januar. Er sagt, auf der Kommandantur wurde bekannt, daß Eichhorn als Polizeipräsident abgesetzt worden sei. Die Kommandantur wurde mit der Durchführung der Absetzung beauftragt. Dieselbe sollte so durchgeführt werden, daß keine Unruhen entstehen. Um 11 Uhr vormittags wurde Leutnant Fischer im Auftrage der Kommandantur nach dem Polizeipräsidenten geschickt, um Eichhorn mitzuteilen, daß das Ministerium des Innern seine Absetzung verfügt habe. Fischer kam zurück und teilte mit, Eichhorn habe erklärt, er wolle nur der Gewalt. Hier- nach ist es, daß die Sache nicht gut ablaufen würde. Als dann am Nachmittag die Demonstrationen an der Kommandantur vorüberzogen, machten wir uns auf Unruhen gefaßt. Wir ließen die Kommandantur durch unsere Soldaten besetzen. Am Nachmittag gingen dann die Unruhen los. Es kamen Nachrichten, daß verschiedene Kasernen von Arbeitern besetzt seien, aber ein plötzliches Vorgehen schien das nicht zu sein. Es lag keine Einzelhaft darin. Montagsmorgens schickte uns Fischer, der von der Kommandantur nach dem Marschall gegangen war, die Meldung, er werde im Marschall festgehalten, wir sollten aber nichts zu seiner Befreiung unternehmen. Später kam Hauptmann Marx und stellte sich vor, daß er vom Kriegsminister zum Kommandanten von Berlin ernannt sei. Dann kamen Albrecht und Dorenbach. Albrecht sagte, er sei vom Revolutionskomitee zum Kommandanten ernannt. Ich antwortete, Hauptmann Marx sei jetzt Kommandant, ich sei hier nicht mehr als Mitglied des Vollzugsrats, sondern nur noch als Privatperson. Albrecht und Dorenbach gingen unverrichteter Sache wieder ab. Am Montag gegen Abend kam Fischer aus dem Marschall zurück. Er sagte, als er sich aus dem Marschall entfernen wollte, habe man ihn zurückgehalten und gesagt: Du bleibst hier. Du hast hier zu viel gesehen.

Staatsanwalt Zumbroich: Was wissen Sie von der Behauptung, daß die Regierung durch die Abhebung Eichhorns die Aufständigen zu einem früheren Vorgehen veranlassen wollte? Zeuge Kollentz: Ich habe das Empfinden, daß Dorenbach im Einverständnis mit anderen leitenden Personen der Volksmarine-Division beabsichtigte, etwas zu unternehmen. Seit Dezember ist es überhaupt nicht mehr ruhig geworden. Es bestanden Gegensätze zwischen dem Polizeipräsidenten und der Kommandantur, die sich auch auf die verschiedenen Truppenarten erstreckten. Die Regierung hat sich damit beschäftigt, wie aus diesem Dilemma herauszukommen wäre. Es hatten sich Zustände herausgebildet, daß von der einen Seite Waffen ausgegeben und von der anderen Seite wieder eingezogen wurden. Eichhorn hat Waffen in großem Umfange bezogen. Erst kürzlich habe ich von einer Waffensabrik eine Rechnung im Betrage von 380.000 M. bekommen für Waffen, die Eichhorn in der Zeit von Ende November bis Anfang Dezember bestellt hat. Da das Ministerium des Innern die Bezahlung der Rechnung verweigert hat, so verlangt die Fabrik, daß ich sie bezahlen soll, weil ich die Bestellung unterschrieben habe. — Auf Fragen der Verteidigung antwortet der Zeuge: Bis Ende Dezember war Eichhorn berechtigt, Waffen für die ihm unterstellten Sicherheitsmannschaften zu beziehen. Der Waffenbezug geschah nicht heimlich, sondern unter Kontrolle des Vollzugsrats, in dessen Namen ich die Bestellung unterschrieben habe. Daß Eichhorn die Waffen im Dezember bestellt hat, damit sie beim Aufstand im Januar gebraucht werden, will ich nicht sagen. Ich meine nur, es bestand ein Gegensatz zwischen ihm und dem Ministerium des Innern, denn sonst hätte das Ministerium die Bezahlung der Waffensrechnung nicht abgelehnt. Auf Befragen gibt der Zeuge an, auf der Waffensrechnung sind als Lieferant angegeben der 23. Dezember, der 4. Januar und der 13. Januar.

Ältere Erörterungen ruft die Frage hervor, ob das Ministerium des Innern berechtigt war, Eichhorn abzusetzen. Zeuge

Kollentz erklärt auf Befragen, Eichhorn war mit Zustimmung des Vollzugsrats, der damals noch für das ganze Reich zuständig war, in sein Amt eingesetzt. Weitere auf diesen Punkt bezügliche Fragen der Verteidigung bezeichnet der Beschuldigte als nicht zulässig, weil nicht zur Sache gehörend. — Angeklagter Ledebour verlangt, daß dieser Punkt völlig aufgeklärt werde. Es solle festgestellt werden, daß Eichhorn nicht von einer Behörde, sondern von der revolutionären Arbeiterkraft eingesetzt sei, also auch nicht von einer Behörde abgesetzt werden konnte. Deshalb hätten die Anhänger Eichhorns unter anderem die Forderung aufgestellt, wenn der Vollzugsrat entscheidet, Eichhorn hat seinen Posten zu verlassen, dann geht er.

Nach 1½ stündiger Beratung beschloß das Gericht, die von der Verteidigung gestellten Fragen nach der Abgrenzung der Kompetenzen zwischen der Kommandantur und dem Polizeipräsidenten zuzulassen.

Neuge Kollentz beantwortet die Frage dahin: Der Kommandantur unterstanden die militärischen, dem Polizeipräsidenten die polizeilichen Angelegenheiten. Wegen des Mangels an Beamten mußten sich beide Behörden auf Soldaten stützen. Daher kam es, daß mandant die eine Stelle in die Kompetenz der anderen übertrifft. So sind auch die Vorkänge am 8. Dezember zu erklären. Die Kommandantur hatte angedeutet, daß aus Anlaß von Demonstrationen, die nach Versammlungen stattfinden sollten, die Chausseestraße abgesperrt werden sollte. Polizeipräsident Eichhorn markierte an der Spitze eines Demonstrationszuges und später stellte sich heraus, daß er die Genehmigung für die Demonstration gegeben hatte. — Rechtsanwalt O. Buch: Hätte nicht die Kommandantur dem Polizeipräsidenten Nachricht von der beschuldigten Abänderung geben müssen? — Zeuge: Das wäre zweckmäßig gewesen. Aber ebenso hätte man auch erwarten können, daß das Polizeipräsidenten der Kommandantur mitgeteilt hätte, daß es die Demonstrationszüge genehmigt hatte. — Rechtsanwalt O. Buch: Welche Ursachen hatten die Unstimmigkeiten zwischen der Kommandantur und dem Polizeipräsidenten? — Zeuge: Sie sind zurückzuführen auf die Unruhen am 23. und 24. Dezember, wo die Kommandantur eingegriffen hat, nachdem die Matrosen Bels und Fischer in der Kommandantur verhaftet hatten. Nachdem in dieser Angelegenheit ein Ausgleich herbeigeführt war, wurde bekannt, daß auf dem Polizeipräsidenten jeder Waffen erhielt, der sich als Mitglied des Sozialbundes oder der Unabhängigen Sozialdemokratie ausweisen konnte. Vor der Kommandantur fuhr manchmal ein Auto her, von dem Reden gegen uns und gegen die Regierung gehalten wurden. Ich ersuchte den Polizeipräsidenten Eichhorn, dagegen einzuschreiten, er sagte, dagegen könne er nichts tun, die Strafe gehöre dem Volke. Eichhorn hat die Soldaten, die er für den Polizeidienst brauchte, aus allen möglichen aus dem Felde zurückgeführten Truppenteilen genommen, um möglichst viel Waffen zu bekommen. Unberechtigterweise sind im Kasse „Palierland“ Waffen untergebracht worden. Als sie auf Veranlassung der Kommandantur abgeholt wurden, hat das Polizeipräsidenten dagegen Einspruch erhoben.

Auf weiteres Fragen antwortet der Zeuge Kollentz: Ich war als Beauftragter des Vollzugsrats der Kommandantur beigegeben. Nachdem der Kommandant Fischer durch die Befragung des Marschalls verhaftet und Hauptmann Marx zum neuen Kommandanten ernannt war, habe ich mein Mandat für erledigt gehalten. Ich hielt es aber für meine Pflicht, den neuen Kommandanten in die Geschäfte einzuführen. Eine Kommandogewalt habe ich dadurch nicht ausgeübt. Ich wollte nur mein Amt in der Kommandantur verlassen, teilte es den damaligen Volksbeauftragten mit, und übertrug mir, ich solle in der Kommandantur bleiben. Das hat ich denn auch am Montag von einigen Personen Truppen zum Schutze der Regierung gebildet und im Auftrage der Regierung bewaffnet.

Die Verhandlung wird am Freitag fortgesetzt.

Groß-Berlin

Kommunale Arbeiterräte.

Am Freitag, 2 Uhr, Vollversammlung der kommunalen Arbeiterräte im Verrenhaus, Plenarsitzungssaal. Tagesordnung: 1. Die Stellung der kommunalen Arbeiterräte. 2. Die Parität und Zulassung von Stadtverordneten bzw. Gemeindevorsteher. 3. Stellung zur Neuwahl der kommunalen Arbeiterräte. Der Vollzugsrat der Arbeiter- und Soldatenräte Groß-Berlin. J. A.: Lange.

Rednerkursus. Beide Kurse heute abend 6 Uhr im Jugendheim, Lindenstraße 3.

Große Kaselinschiebung. In Spandau haben Angestellte der Geschützfabrik-Ost und einige dort beschäftigte Bauarbeiter nach und nach 108 Käfer mit Kaselinen im Werte von über 100.000 M. auf dem Wasserwege nach Berlin verschoben. Die Spandauer Polizei hat das Lager in Berlin aufgedeckt und einige Spitzbuben verhaftet, der Hauptübeltäter ist jedoch flüchtig geworden.

Ein Kartoffelschwinder treibt im Südosten der Stadt und in Neubrück sein Unwesen. Er bietet die so sehr begehrten Kartoffeln in kleineren und auch in größeren Mengen zu einem verhältnismäßig billigen Preise an. Er erhält in den meisten Fällen den Kaufpreis auch im voraus, weil er allerlei Gründe dafür anführt, daß er das Geld zum Einlauf brauche. Der Schwinder verlegt dann die Leute und läßt nichts mehr von sich hören. Er ist ein klaffer, mittelgroßer Mensch mit kleinem Schnurrbart und trägt einen umgürteten selbstgekauften Soldatenrock, Wildgamschne und eine Bahnbeamtenmütze.

Die Leiche eines jungen Türken wurde gestern nachmittag an der Augustbrücke aus dem Wasser gefischt. Der Tote ist ein Schuhmacherehrliche Hofan Dohm, der zuletzt bei der Deutsch-türkischen Vereinigung am Schönberger Ufer tätig war.

Keine Vermögensverzeichnisse für weniger als 10.000 M. Die strittige Frage, ob auch für Vermögen von nicht mehr als 10.000 M. Vermögensverzeichnisse einzureichen sind, ist jetzt durch Erlass des Finanzministers vom 8. Mai dahin geregelt worden, daß auf die Ausfüllung des Vermögensverzeichnisses verzichtet wird, wenn das Vermögen nicht mehr als 10.000 M. beträgt.

Patriotismus und Geschäft. Eine Lusitania-Medaille war als arge Geschmackslosigkeit während des Krieges beschlagnahmt worden. Trotzdem wurden sie in Massen ins Ausland gebracht, wo sie ihr rechtlich Teil der Stimmungsmache gegen Deutschland betrug. Im Dezember 1918 wurde die Beschlagnahme aufgehoben und jetzt wird das elende Produkt zu ungeheuren Preisen an die Amerikaner in Berlin verkauft.

Im Sportpark Treptow fand gestern unter großer Beteiligung der Herausforderungskampfe der beiden Weltmeister Schwarz Weber statt. Schwarz siegte über seinen Gegner in 1 Stunde 4 Minuten 50 Sekunden. Weber der seit 5 Jahren nicht mehr öffentlich hervorgetreten, zeigte aber in seiner außerordentlichen Gewandtheit, daß er nicht viel von seinem Können eingebüßt hat. Zurzeit ist er im Arbeiter-Klub in Hennigsdorf tätig. Er wird sich die Zeit vorbehalten, wo er den Zeitpunkt gekommen sieht, sich seinem Gegner erneut zu stellen. Dem Ringkampf gingen einige kleine Ringkämpfe voraus. Im 200-Meter-Rennen siegte Doffmann gegen Abraham, im 100-Meter-Rennen Abraham gegen Sinnede. Das Entscheidungsfahren gewann Peitz.

Stabien. Das Goldene Rad von Friedenau. Das Stadion bringt den Sportfreunden am Himmelsfrühstage eines der größten Rennen, die seit Jahren gefahren worden sind. Das klassische Rennen „Das Goldene Rad von Friedenau“, hat seinen Wert entsprechend eine sowohl an Zahl wie an Klasse entsprechende Besetzung gefunden. Sieben der besten Dauerfahrer werden um die wertvollen Preise kämpfen; es sind dies Baldow, Krupka, Bauer, Thomas, Paule, Kettelbach und Appelhaus. Auf der Strecke von 100 Kilometern wird allen Gelegenheit gegeben, ihr ganzes Können zu entfalten. Ebenso bringen die Negerrennen, insbesondere die im Großen Stadion-Berlin, alles an den Start, was wir haben. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Stegals. Anmeldung der Rührmittel am 23., 30. und 31. d. M. auf 1/2 Liter 23, 24, 25, 26, 27 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte. Verkaufsstellen werden noch bekanntgegeben. Anmeldung von Rührmitteln für 1/2 Liter am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 25 und 26 der Rührmittelkarte für 1/2 Liter am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 27 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 28 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 29 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 30 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 31 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 32 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 33 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 34 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 35 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 36 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 37 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 38 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 39 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 40 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 41 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 42 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 43 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 44 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 45 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 46 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 47 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 48 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 49 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 50 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 51 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 52 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 53 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 54 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 55 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 56 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 57 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 58 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 59 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 60 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 61 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 62 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 63 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 64 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 65 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 66 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 67 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 68 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 69 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 70 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 71 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 72 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 73 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 74 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 75 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 76 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 77 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 78 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 79 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 80 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 81 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 82 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 83 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 84 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 85 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 86 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 87 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 88 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 89 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 90 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 91 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 92 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 93 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 94 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 95 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 96 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 97 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 98 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 99 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M. Abschnitt 100 der Rührmittelkarte am 23., 30. und 31. d. M.

Umsatz. Ausgabe des amerikanischen Rohles vom 2. bis 6. Juni (nach Nummern geordnet) in der Gemeindefeuerstätte auf die Ren. K 4, P 5 und Q 6 der Gutsverpächterkarte mit je 200 g. zusammen 1 1/2 Pfund, a 2,20 M. Die wöchentliche Ausgabe ist mitzubringen. — Koch sind Zitronen zu 30 Pf. sowie Delikatessen (Kaffeezubehör), 3,60 M. pro Woche zu haben. — Auf die wöchentliche Ausgabe am 1051-1400 Pfund und Sonnabend je ein Pfund Badpflaumen, a 6,50 M.

Herner noch eine Anzahl neuer und alter Männeranzüge an Einwohner mit einem kassenpflichtigen Erlös bis höchstens 3000 M. Verkauf Freitag und Sonnabend. Letzte Eisenzeitung. Außerdem noch Frauenanzüge und Männerhosen.

Genießdort. Es gelangen zur Ausgabe am Freitag an Kinder bis zu 3 Jahren je 20 Gramm Pflaumen oder Apfel und 1 Paket Buddingpulver. Auf Bezugschein am Freitag auf Karte B (S) 21 100 Gramm Pflaumen, Gruppen oder Kucheln. Auf Bezugschein Nr. 1-2000 Karte B (S) 22 125 Gramm Pflaumen oder Kucheln. Für Leute über 70 Jahre 2 Pakete Buddingpulver. Bezugscheine in der Lebensmittelabteilung. Am Sonnabend an Kinder vom 4. bis 7. Lebensjahre 1 Dose kondensierte Milch. Bezugscheine am Sonnabend.

Genießdort. Sonnabend. Lebensmittelabteilung. Alle Schule, Zimmer 2: Ausgabe der Milchkarten.

Vereine und Versammlungen.

Reichsbund der Kriegesbeschädigten, ehemaliger Kriegsteilnehmer und Kriegsinvalidebenen, Bezirk Charlottenburg, Freitag, 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Volkshauses, Rosenstr. 3: Uebersichtliche Bilderabendveranstaltung. Tagesordnung: Referat des Kameraden Stepha über Kriegsinvaliden und ihre Zukunft.

Kriegsgeheimen Groß-Berlin. Das Zusammenkommen am Sonnabend, 7 1/2 Uhr, findet nicht in der Steinstraße, sondern in Neußän, Donaustr. 120/126, statt. Gäste willkommen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Berlin. 4. Abteilung. Himmelsfrühstag: Ausflug nach Wannsee-Platzensee-Schlamm. Treffpunkt morgens 6.30 Uhr Bahnhof Groß-Wieschenstraße. Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen Neußän. Freitag 5 Uhr: Versammlung in der Angengraben-Klaue.

Aus aller Welt.

Der Flug über den Ozean vollendet.

Das amerikanische Riesenschiff R. C. 4, Führer Reed, ist gestern vormittag um 10.17 Uhr von den Ägypten aufgefahren und abends 8 Uhr in Hawaii ohne Zwischenfall angekommen. Damit ist der erste Flug über den Ozean vollendet. Die Entfernung dieser letzten Etappe beträgt 910 Seemeilen.

Verantwortlich für Politik: Arthur Götter, Min.-Feldmann, für den Redigen Teil des Blattes: Alfred Schell, Redaktion: für Anzeigen: Theodor Glöck, Berlin. Verlag: Bernhart-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Bornsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstr. 3.

Industrie und Handel.

Börse.

In Erwartung des Verhaltens der Entente auf die deutschen Gegenanträge legte sich die Börse größte Zurückhaltung an. Zu etwas regeren Umständen kam es nur auf einzelnen Gezeiten. Die Haltung war nicht ganz einheitlich. Etwas optimistische der neuerliche Rückgang der Kriegsanleihen auf 75% Prozent. Auch die anderen heimischen Anleihen waren schwächer. Zu ungefährlichen Kursen gingen Petroleum, Kolonial-, Schiffahrt-, und Hartwiese um. Montanwerte waren vereinzelt begehrt und fest; Rüstungsaktien schwächer.

Gewerkschaftsbewegung.

Der „erschöpfte“ Stadtsäckel.

Aus Angestelltenkreisen des Charlottenburger Magistrats wird uns folgendes geschrieben:

Kurzschichtigkeit der Behörden einerseits und mangelnde Solidarität der Beamten andererseits haben bisher innerhalb der Beamtenenschaft nach nicht den Zustand geschaffen, den man als soziale Hebung bezeichnen könnte. Der „gute alte Geist“ waltet und schaltet noch lustig weiter seines Amtes und läßt die „Klassenmenschen“ zu ihrem Rechte kommen. In Charlottenburg hat der Magistrat den Hilfskräften nach Berliner Muster eine nicht unwesentliche Zulage bewilligt. Darob nun dieses Klagen und Stöhnen unter den dortigen Beamten. Die Forderungen der Beamten (2000 M. Entschädigungssumme) gefährden nun, nachdem der Magistrat den Forderungen seiner Hilfskräfte in weitgehendem Maße hat entsprechen müssen, den Stadtsäckel. Aus den Spalten ihrer „wohlwollenden“ bürgerlichen Volkspresse erfährt die Beamtenenschaft, daß die Mittel der Stadtgemeinde erschöpft seien. Vor den Wahlen veränderten indes die „bürgerlichen Beamtenfreunde“, wir treten ein für ausreichende Bezahlung der Beamten usw.“ Billige Worte und Versprechungen. Die Tugend, die am schwersten auszuüben, ist und bleibt die Dankbarkeit. Die Beamtenenschaft sieht seit der Revolution auf eigenen Füßen. Noch steht sie auf schwachen und schwanke Boden, aber sie hat die Kraft, diesen zu einem festen Fundament zu gestalten, wenn sie erkennt, daß nur die Sozialdemokratie es ist, die ihr die Hand hilfreich entgegenstreckt.

Darum, ihr noch träumenden Beamten, organisiert Euch auch politisch! Sagt Euch los von den Vertretern des „wohlwollenden Erwägung“ und schließt Euch denen an, die stets durch tatkräftige Hilfe Eure Wünsche und Forderungen unterstützen werden.

Generalversammlung der Fabrikarbeiter.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes der Fabrikarbeiter, Bezirks Groß-Berlin, erklärte einleitend der Bevollmächtigte Witz, Reimann, daß durch die neue Zeit auch in unserer Organisation ein neuer Geist einzieht. Die Gewerkschaften sollen ein Kampfmittel zur Befreiung der Arbeiterklasse sein. Der Antrag des Bezirks Reinickendorf, der Kündigung sämtlicher Angestellten verlangte, ist zurückgezogen worden, nachdem die Verhältnisse der Angestellten Margelegt wurden. Die Generalversammlung habe zur Anstellung einiger Kollegen Stellung zu nehmen. — In der Diskussion über die Anstellungen wurde anerkannt, daß die Verbandsangestellten sowie die Hilfsarbeiter entlastet werden müssen. Einige Diskussionen verlangten die Anstellung der zu behebenden Stellen und nicht sofortige Anstellung. Nachdem Reimann erklärte, daß sofortige Anstellung einiger Kollegen unbedingt notwendig sei,

Warnung.

Nach zuverlässigen Nachrichten besteht der verbrecherische Plan, die Provinz Rheinland zu einer selbständigen Republik auszurufen.

Verfassungsmäßig bildet die Provinz Rheinland einen Bestandteil des preussischen Staates.

Wer es unternimmt, diesen verfassungsmäßigen Zustand durch Losreißung der Provinz Rheinland zum preussischen Staatsgebiete zu ändern, macht sich des Hochverrats schuldig, der nach § 81 des Reichsstrafgesetzbuches mit lebenslangem Zuchthaus oder lebenslangem Festungshaft bestraft wird.

Die Strafverfolgungsbehörden sind verpflichtet, gegen jeden an den hochverräterischen Umtrieben Beteiligten mit der vollen Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.

Berlin, den 28. Mai 1919.

Die Reichsregierung:

Scheidemann, Dr. Dernburg, Graf v. Brodowski-Ranhau, Dr. Breuß, Bauer, Wiffel, Schmidt, Landsberg, Roske, Dr. Brill, Giesbers, Gothein, Dr. David, Erzberger.

werden Karl Poch und Paul Lange als Agitationsleiter, Rowad, Fröhlich und Edemann als Bureauarbeiter, Mierisch, Weaner, Göhli und Bachmann als Hauskassierer gewählt. — Für die noch zu besetzenden Stellen findet eine Ausschreibung statt. Bewerber sowie die Mitglieder der zu wählenden Prüfungskommission müssen mindestens fünf Jahre dem Verbandsangehörigen. In die Prüfungskommission wurden Breitkreuz, Fickelbaum, Wolff, Schön, Nitsche und die Kollegen Luppawitz gewählt. — Punkt 8 der Tagesordnung, Verurteilung des Ortsstatuts, mußte wegen der vorgerückten Zeit bis zur nächsten Generalversammlung zurückgestellt werden. — Zwei Anträge, welche gegen den Schulparagrafen für die freiwilligen Verbände und gegen die Urteilsfindung im Liebesrechtsprozeß energisch protestierten, fanden einstimmige Annahme.

Der Verband der Bureauangestellten sendet und auf die im heutigen Morgenblatt veröffentlichte Zuschrift des Herrn Direktors Dehmler folgende Entgegnung:

Herr Direktor Dehmler von der Berliner Stadtsynode glaubt anscheinend, durch seine Angaben, daß 9 Seiten Protokoll vorliegen und in 8 Sitzungen mit dem Angestelltenausschuß verhandelt wurde, seine Pflicht getan zu haben. Ferner behauptet Direktor Dehmler, der Verbandsvertreter hätte die Forderungen der Hilfskräfte gesteigert. Der Gegenantrag des Direktors Dehmler ist für die Hilfskräfte unannehmbar, denn sie wollen ein der heutigen Zeit entsprechendes Angestelltenverhältnis und keine Günstlingswirtschaft, wie sie jetzt besteht. Der Gegenantrag der Berliner Stadtsynode ist unannehmbar, deshalb haben die am 23. Mai in Haberlands Festsaal versammelten Hilfskräfte einstimmig beschlossen, den Schlichtungsausschuß anzurufen. Die Verschleppungsmandate des Herrn Direktors Dehmler sind zu durchsichtig, als daß die Angestellten sich länger an der Nase herumführen lassen wollen. Für jeden Gewerkschaftsvertreter ist es selbstverständliche Pflicht, erreichbare Forderungen immer und stets zu vertreten.

Gewerkschaftsleiter Friedrichshagen, Freitag, 30. Mai, 7 1/2 Uhr abends, wird Dr. Bruno Wille in einer öffentlichen Versammlung aller Gemeindefreier: Die Volkshochschule und die Arbeiter sprechen. Anschließend freie Aussprache.

